

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Brennpunkt: Ernte'90

## Jede Reserve nutzen

Das Wetter gestaltet sich derart, daß der größte Teil der Getreidekulturen gleichzeitig heranreift, und ihre Einbringung, sogar die der Futterkulturen, parallel geführt werden muß.

„Ich traf mit dem Leiter der 1. Brigade des Sowchos „Tschschowwska“ A. Bassow zusammen. Er setzte sich neben einem Schwaden in die Hocke und befühlte ihn.

„Trocken“, stellte er fest. „Der Tau hatte die Schwaden nur von oben etwas angesprochen. Bis wir die Kombines vorbereitet haben und die Arbeit aufnehmen, vergehen noch 20 bis 30 Minuten. In dieser Zeit sind die Schwaden ausgefüllt.“

Die Kombiführer befehlen sich, die Arbeit wieder aufzunehmen, denn die starke Regen hatte ihnen zwei Tage geraubt. Zehn blaue „Jenisseyer“ und rote „Niwas“, die an anderen Feldern ein buntes schrägläufiges Band bildeten, bewegten sich über das Feld auf uns zu. Die trockenen Schwaden dreschen sich gut.

Im Fahrerhaus eines Kraftwagens piepelt plötzlich die Funkanlage. „Nummer zehn!“, „Nummer zehn!“ rief die Stimme.

„Ich werde gerufen“, erklärte der Brigadier und eilte zum Wagen. Als er wieder zurück war, teilte er mit:

„Noch ein Problem ist gelöst worden. Man hat für die verknappten Riemen zu „Jenisseyer“ Ersatz gefunden. Der Chefingenieur des Sowchos K. Abdildin informierte gerade, es wurde ein ähnlicher Riemen von der Entlastschnecke des „Niwa“ dem „Jenisseyer“ angepaßt. Hätten wir uns nur auf die Versorgungsbetriebe verlassen und gewartet, bis sie uns die Riemen bringen, würden wir mit der Ernte bis heute noch nicht begonnen haben. Die Wiederherstellung einer Reihe verknappter Teile hat die Kooperative „Metallist“ übernommen.“

Zu einer rascheren Erntedurchführung tragen auch diejenigen bei, die das Getreide auf Schwad legen. Alle Mähmaschinen sind mit 6- und 10-Meter Arbeitsbreite. Letztere legen Doppelschwaden. Die Zeitspanne zwischen Mähen und Dreschen ist nicht groß.

Im Nachbarsowchos „Molodaja Gwardija“ kam es zu einem Meinungsstreit zwischen dem Chefag-

ronomen des Agrarbetriebs Sh. Ramasnow und dem Brigadier W. Sajaz.

„Jetzt darf noch nicht gedroschen werden“, beharrte der Chefagronom. „Für 1 Tonne Getreide bei 19 Prozent Feuchtigkeit und mehr wenden wir nur 300 Rubel bekommen, bei geringerer Feuchtigkeit aber 500 Rubel.“

„Wenn aber der Regen einsetzt und wir nichts einbringen, dann kriegen wir gar nichts“, erwiderte sich sein Gesprächspartner.

Sie prüften ein weiteres Mal die Schwaden, kosteten sogar von dem Korn und entschieden den Streit zugunsten des Dreschens. Es werden 17 bis 18 Dezitonnen je Hektar geerntet.

Wir besuchten vier Tennen. Nur wenige Menschen sind hier im Einsatz. Mehr werden auch nicht gebraucht, denn alles ist mechanisiert, und in zwei Schichten werden 1 000 Tonnen Getreide und mehr aufgearbeitet.

Ich bitte den Vorsitzenden des Rayonexekutivkomitees G. Sholamnow, mich über den Ernteverlauf zu informieren.

„Es besteht die reelle Möglichkeit, den Staatsauftrag zu erfüllen und in jedem Agrarbetrieb ausreichend Saatgut und Futtermittel zu bevorzugen“, erklärte er. „Dazu werden auch die geschaffenen Zwischenbetriebe beitragen. Sind die größeren plötzlich überhäuft und mangelt es an Transportmitteln, so werden die Zwischentennen auszuheilen können.“

Der Rayon empfängt Hilfe mit Arbeitskräften und Technik sowohl aus dem eigenen als auch aus den Nachbargebieten. Allerdings haben die Betriebe und Organisationen der Gebiete Pawlodar und Karaganda weniger Lastkraftwagen als versprochen gesandt. Nach wie vor steht es schlecht mit Ersatzteilen. Es gibt auch ein weiteres Problem: Weil die Zeit wegen der häufigen Regen drängt und es an Reinigungstechnik mangelt, ist man häufig genötigt, feuchtes und unreinigtes Getreide zu liefern. Die Erfassungsbetriebe nehmen es als 3. und 4. Klasse entgegen. Dadurch geht den Sowchosen fast die Hälfte des Gewinns verloren.

S. ALDABERGENOW, KasTAg-Korrespondent

Gebiet Koktshelaw



In diesem Jahr ist im Gebiet Zelinograd eine reiche Ernte herangebracht. Die Feldbauern beansichtigen, über 5 Millionen Tonnen Getreide einzubringen. Die Erntekampagne wird mit jedem Tag immer angespannter. Hochbetrieb herrscht in den Sowchos und Kolchos des Rayons Altibassar. Kraftwagen mit dem Korn dieses Jahres halten Kurs auf die Getreideabnahmestelle Dshaltay.

Unsere Bilder: Die Laborantinnen Jekaterina Schewzowa und Matrojona Gumennaja; der Elektriker der Getreideabnahmestelle Viktor Koroljow.

Fotos: Viktor Krieger



Michael KINDLER, Gebiet Alma-Ata

Im ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

## Pressebezug '91: Probleme und Wege ihrer Lösung

Am 27. August fand eine Beratung der Leiter der Republikmassenmedien, des Staatlichen Komitees für Pressewesen, der Ministerien für Post- und Fernmeldewesen und für Finanzen sowie des Verlags des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans statt, auf der N. A. Nasarbajew, Präsident der Kasachischen SSR und 1. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, sprach. Erörtert wurden Fragen der Organisation der Verlagstätigkeit der Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften unter den Bedingungen des Übergangs zur Marktwirtschaft und der Wirkung des Gesetzes der UdSSR „Über das Pressewesen und andere Massenmedien“ sowie der Durchführung der Bestellung der Presseausgaben für das Jahr 1991.

Man sprach von der Demokratisierung der ganzen Sache; in diesem Zusammenhang ist es notwendig, hierbei das ganze Leitungssystem zu überprüfen, exakt die Ordnung der Registrierung der Presseorgane sowie die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Stiftern, Verlegern und Redaktion zu bestimmen.

Den Stiftern und Verlegern der Presseorgane sind neue Probleme erwachsen, die eine

durchgreifende Lösung fordern. Die im Jahre 1991 zu erwartende bedeutende Verteuerung von Papier, typographischen Arbeiten und Postdienstleistungen sowie auch die Vergrößerung der Abführungen für Sozialversicherung werden bestimmen eine Erhöhung der Preise für Periodika nach sich ziehen, was sich natürlich auf die Abonnentenzahl auswirken wird. Für die Stifter und die Redaktionen ist es wichtig, für ihren sozialen Schutz zu sorgen.

Auf der Sitzung wurde betont, daß man von der real existierenden Lage aus handeln müsse. Deshalb wurde die Notwendigkeit einer wohlüberlegten Organisationsarbeit der Partei- und anderer Massenorganisationen bei der Durchführung des Abbonnens der Publikationsausgaben hervorgehoben.

Die Pressebezugskampagne für das Jahr 1991 beginnt in der Republik am 1. September und wird bis Ende Oktober dieses Jahres andauern. Vereinbarungsgemäß übernehmen das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen sowie die Post- und Fernmeldebetriebe der Republik die Verantwortung für ihre Durchführung. Die Stifter und die Redaktions-

kollektive müssen eine aktive Organisations- und Aufklärungsarbeit unter den Werktätigen in dieser Richtung entfalten.

Es kam zu einem Meinungsaustausch auch über andere aktuelle Fragen. Hervorgehoben wurde die Wichtigkeit der Effektivität und Objektivität der Publikationen. Die Interessen der Bevölkerung fordern z. B. ein sehr ausgewogenes Herangehen an das Thema der zwischenationalen Beziehungen und die Verstärkung der konsolidierenden Rolle der Massenmedien. Nur bei einer stabilen politischen Lage kann man erfolgreich die Schwierigkeiten des Übergangs zur Marktwirtschaft überwinden und hohe Ziele erreichen, die mit der künftigen Souveränität der Republik zusammenhängen.

An der Sitzung beteiligten sich M. Dsholdasbekow, Mitglied des Präsidialrates; K. Sultanow, Leiter der Abteilung Ideologie im ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans; W. A. Brot, Geschäftsführer des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans; sowie verantwortungsvolle Mitarbeiter des Obersten Sowjets und des Ministerrats der Kasachischen SSR.

(KasTAG)

## M.S.Gorbatschow sprach mit G.Thürmer

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, ist am Dienstag mit dem Vorsitzenden der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, G. Thürmer, zusammengetroffen.

Bei einem offenen und gegenseitigen Meinungsaustausch hob M. S. Gorbatschow die prinzipielle Wichtigkeit einer Erneuerung der KPdSU in Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihres XXVIII. Parteitages hervor, die die Bedeutung einer Wende haben. Er verwies auf das Streben der sowjetischen Kommunisten, mit denkbar großen Kreisen der Öffentlichkeit, mit allen zusammenzuwirken, die an einer entschiedenen und dynamischen Gesundung der sozialökonomischen Situation und des

moralisch-politischen Klimas im Lande auf den Grundlagen von Demokratie, Gerechtigkeit, Schutz der Rechte und der Interessen des werktätigen Menschen interessiert sind. Ein solches Zusammenwirken ist ein notwendiger und zuverlässiger Weg zur Konsolidierung der Gesellschaft, zur Bekämpfung verschiedener destruktiver Kräfte und gefährlicher Konfrontationen, sagte M. S. Gorbatschow.

G. Thürmer ging auf die Schwierigkeiten der Situation in Ungarn und auf die Versuche der Reaktion ein, politisches Kapital aus der Schürung von antikommunistischer Hysterie und Antisowjetismus zu gewinnen. Unter diesen komplizierten Bedingun-

gen hält es die gegenwärtige USAP, so notwendig, die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauern und aller Werktätigen konsequent zu schützen, sie bleibt den sozialistischen Ideen treu, die ihren Wert auch in der sich radikal verändernden Situation nicht verlieren.

M. S. Gorbatschow wünschte den ungarischen Genossen und dem ganzen Volk Ungarns Erfolg bei der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sprach sich für die Entwicklung von all dem guten und gegenseitig vorteilhaften aus, was in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ungarn durch gemeinsame Anstrengungen geschaffen wurde.

(TASS)

Vohnungsbau 91"

## Installateure unter Pachtvertrag

Die spezialisierte Bau- und Montageverwaltung „Kasawotransstroj“ arbeitet seit April nach dem Pachtvertrag. Dieser Schritt wurde nicht auf Befehl oder Anordnung von oben unternommen, sondern man hatte auf der Versammlung eingesehen, daß es endlich an der Zeit ist, die Situation zu beherrschen und nicht von gewissen Instanzen abzuhängen.

„Wir haben schon so manches vom Pachtvertrag gehört und beschlossen, es selbst auszuprobieren. Was ist eigentlich der Sinn des Pachtvertrags auf dem Bauplatz?“, überlegt Michail Dubowik, Installateurbrigadier in der spezialisierten Bau- und Montageverwaltung des Trustes „Kasawotransstroj“.

„Wir kommen aufs Objekt, präzisieren, was wir zu tun haben und beginnen zu arbeiten. Wenn unsere Dienste auf einem anderen Abschnitt erforderlich

sind, berücksichtigen wir beim Einsatz der Kräfte auch das. Es liegt dabei nicht allein an der materiellen Interessiertheit, sondern an der Erkenntnis dessen, daß wir zusammengehören. Als Ergebnis entsteht ein neues Haus. In Zahlen sieht dies ungefähr so aus: Wir haben den Halbjahresplan mit 105 Prozent erfüllt. Unsere Arbeitsproduktivität ist um 10 Prozent gestiegen.

Unter den Pachtverhältnissen erkennt man den Menschen sofort. Die Brigade ist bestrebt, mit weniger Arbeitskräften (9 Mann) einen größeren Arbeitsumfang zu leisten. Wenn die Installateure Materialien und Ausrüstungen bekommen, nehmen sie nichts Übriges, denn der Wert des Überschusses wird von ihrem Arbeitslohn abgezogen.

Das Sparen beim materiellen Aufwand ist das Merkmal des Pachtvertrags. Die Entlohnung

hängt direkt von den gesparten Baumaterialien ab. Das wird nach dem System „Einkommen minus Ausgaben“ errechnet; daraus ergibt sich der einheitliche Lohnfonds, über den die Brigade vollständig verfügt. Jetzt erhält jeder gemäß dem Koeffizienten des Leistungsbeitrags und der Qualitätsgruppe 300 bis 500 Rubel. Für vorfristige und hochwertige Arbeit wird man „prämiiert“, konkretisiert die Arbeit der Brigade Prokopi Nigal, ökonomischer Chef des Trustes „Kasawotransstroj“.

„Vor dem Übergang zum Pachtvertrag gab es bei uns eine große Kaderlücke, jetzt aber ist es im Gegenteil nicht leicht, bei uns anzukommen. Es läßt sich kaum jemand hervorheben, die erfahrenen sind aber dennoch die Schlosser Anwar Nijasow, Andrej Tarassow, Andrej Moshajew und die Schweißer Ana-

toli Kolomejcz und Anatoli Kotschschow.“

Das höchste Credo der Brigade ist, nie zurückzuweichen. Selbstverständlich entstehen die Schwierigkeiten zuweilen wegen der Kooperationspartner und Lieferbetriebe. Jedoch kann man bei einer sachkundigen Verteilung der Kräfte und Nutzung der Ausrüstungen hohe Arbeitsproduktivität erzielen und Stillstände vermeiden. Gerade der Pachtvertrag hilft jedem, sich hervorzuheben und zu zeigen, was er zu leisten vermag.“

Es ist bei weitem kein Zufall, daß das Kollektiv dieser Bau- und Montageverwaltung sein Programm erfolgreich verwirklicht. Störungen durch sein Verschulden gibt es nie.

Michael KINDLER

Gebiet Alma-Ata

## Die Viehzüchter stehen ihren Mann

Jedes Jahr erzielen die Werktätigen der Tierfarmen im Kolchos „Karl Marx“, Rayon Uspekno, Gebiet Pawlodar, gute Ergebnisse bei der Vergrößerung des Viehbestands und seiner Leistung. Im ersten Halbjahr lieferten die Milchfarmen des Kolchos an die Annahmestellen insgesamt 15 042 Dezitonnen Produktion, was das Geplante um 2 262 Dezitonnen übertrifft. Insgesamt müssen in diesem Jahr 24 500 Dezitonnen Milch an den Staat verkauft werden.

Die Mitarbeiter der Milchfarmen und die Fachleute bemühen sich jetzt, die Milchherträge und ihre Lieferung dem Staat wesentlich zu erhöhen. In den letzten Tagen ist hier die Tagesnorm um 4 Dezitonnen erhöht worden. Viele Jahre ist Wassili Rogalski hier als Viehzüchter tätig und erzielt stets große Erfolge. Sachkundig weidet und füttert er das Vieh. Der Durchschnittsmilchertrag in seiner Herde machte im ersten Halbjahr 1 900 Kilogramm je Fütterkuh aus. Gewissenhaft arbeiten auch die Hirten der Melkherden Johann Pankratz, Viktor Dyck.

Unter den Meistern des Maschinenmelkens haben Sinaida Koschljak, Anna Kurilo mit 2 025 bis 2 085 Kilogramm Milch je Kuh bedeutende Leistungen aufzuweisen. Auch Elisabeth Hede, Emilia Jung, Valentina Sidorowa bleiben nicht hinter ihnen zurück.

Der Durchschnittsmilchertrag im Kolchos machte im ersten Halbjahr 1 686 Kilogramm aus. Von je 100 Kühen bekam der Kolchos 85 Kälber. Auch die Masibrigade, der die erfahrenen Viehzüchter Michail Krachmal, Jakob Leimann und Nikolai Woloschin angehören, lieferte 3 400 Dezitonnen Fleisch gegenüber den geplanten 2 610. Im ersten Halbjahr sind auch 120 Schweine abgetötet worden. Das Durchschnittsgewicht jedes davon betrug 436 Kilogramm. Auch die Ergebnisse der Kälberpflegerinnen Tatjana Rjajkina, Maria Bernhardt, Sinaida Hede, Anna Schmidt können sich sehen lassen.

Kalrshan SHUMADIROW

Gebiet Pawlodar

## Briefing im Außenministerium der UdSSR

Eine erste Gruppe von 240 Familienmitgliedern der sowjetischen Fachleute, die in Irak tätig sind, ist am Dienstagmorgen mit einer Aeroflot-Maschine aus Bagdad nach Moskau gekommen. Wie der Sprecher des UdSSR-Außenministeriums Gennadij Gerassimow am Dienstag mitteilte, hatte es eine Verspätung des Starts des Flugzeugs gegeben, weil bei der Abfertigung des persönlichen Gepäcks Probleme auftraten. Wie der Sprecher erläuterte, gelten in Irak strikte Regeln für die Ausfuhr von praktisch allen Waren aus dem Land, und die Einhaltung dieser Regeln ist auch für die Ausländer obligatorisch. Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen haben sich die Zollkontrolle Iraks weiter verschärft.

Am Dienstagabend sollte eine weitere Gruppe von 220 sowjetischen Bürgern aus der irakischen Hauptstadt abfliegen, fügte G. Gerassimow hinzu.

Der Sprecher des Außenministeriums verwies erneut darauf, daß aus Irak nur die Familienmitglieder der sowjetischen Fachleute evakuiert werden. Was die Experten selbst anbelangt,

so haben viele von ihnen Kontakte, die „geregelt“ werden sollen.

Auf die sowjetischen Militärexperten in Irak eingehend, erklärte G. Gerassimow: „Bei vielen von ihnen laufen die Verträge ab, und man kann annehmen, daß sie abreisen, was die anderen anbelangt, werden wir die Entwicklung verfolgen.“ Zugleich nahm der Sprecher an, daß keine neuen Verträge über die Entsendung sowjetischer Militärexperten nach Irak geschlossen werden.

Darauf angesprochen, ob die Sowjetunion den USA folgen und die irakischen Diplomaten ausweisen würden, erklärte G. Gerassimow: „Wir planen solche Aktionen nicht und haben nicht vor, eine Einschränkung des Personals der irakischen Botschaft in Moskau zu fordern.“

Einige Journalisten meinten, die fortgesetzten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Irak seien eine Verletzung der Resolution 661 des UN-Sicherheitsrates. G. Gerassimow erklärte darauf: „Die Sanktionen gelten nicht für die Sphäre der politischen, der diplomatischen und

der konsularischen Beziehungen, für den Flug- und den Kraftverkehr, für die Tätigkeit von Experten, deren Arbeit nicht mit der Produktion von Exportwaren verbunden ist, für die Beziehungen in den Bereichen Kultur, Bildungswesen, Sport und Information.“ „In juristischer Hinsicht gibt es hier keine Verletzungen“, sagte der Sprecher. „Es gibt allerdings ein moralisches Problem, und wir werden uns bemühen, es zu lösen.“

Zu den Kontakten der UdSSR mit offiziellen Vertretern Iraks erklärte G. Gerassimow, daß die Sowjetunion einen „besonderen Platz“ einnimmt, weil sie Kontakte in bezug auf die Fragen der Situation am Persischen Golf mit vielen Ländern unterhält, darunter auch mit Irak. „Wir übernehmen nicht die Funktionen eines Vermittlers im Konflikt und hoffen auf die Rolle des UNO-Generalsekretärs, der arabischen Länder und der Weltgemeinschaft. Die Tatsache aber, daß wir mit ihnen Gespräche führen, können helfen, einen Ausweg aus der derzeitigen Situation zu finden“, erklärte der Diplomat.

(TASS)

## Den Konflikt nicht eskalieren lassen

Die durch die Aggression Iraks gegen Kuwait und dessen spätere Annexion ausgelöste Krise im Golfraum könne den Konflikt weiter eskalieren und ihn in einen globalen Höhepunkt überführen, hieß es bei einem Rundtischgespräch, das am Dienstag im sowjetischen Friedenskomitee stattfand.

Die Teilnehmer an dem Rundtischgespräch verurteilten die massive Verletzung der Völkerrechtsprinzipien durch Irak und forderten zum vorbehaltlosen Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait und zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Souveränität dieses Landes auf. Unter Berücksichtigung der Gefährlichkeit der entstandenen Situation riefen sie zu härteren Sanktionen gegen den Aggressor auf, wenn die Aggression nicht eingestellt werden sollte. Zugleich wurde die Notwendigkeit der Anwendung politischer, diplomatischer und rechtlicher Maßnahmen unterstrichen, da die Konzentration starker Streitkräfte in der Region der Belagerung des Konfliktes nicht zuträglich sein wird.

In einer nach Abschluß der Diskussion angenommenen Erklärung werden die Präsidenten der UdSSR, der USA, Frankreichs und der Premierminister Großbritanniens und Chinas aufgefordert, Klugheit und Zurückhaltung an den Tag zu legen, um die wel-

tere Zuspitzung des Konfliktes nicht zuzulassen. Parlamentarier, gesellschaftliche Organisationen der arabischen Länder, alle Menschen guten Willens werden aufgefordert, ein Maximum an Anstrengungen zu unternehmen, um einen Kriegsbrand im Persischen Golf nicht zuzulassen. Die Teilnehmer des Rundtischgesprächs sprachen sich für die Bildung eines sowjetischen gesellschaftlichen Komitees für Unterstützung Kuweits aus und gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß sich auch andere Länder hinter diese Initiative stellen werden.

Das Sowjetische Friedenskomitee, das Sowjetische Komitee für Frieden, Abrüstung und ökologische Sicherheit auf Meeren und Ozeanen, der Sowjetische Friedensfonds und die Sowjetische Vereinigung für Seerecht haben eine gemeinsame Erklärung angenommen, in der die UdSSR-Regierung aufgefordert wird, das Problem der Abrüstung aller sowjetischen Militärexperten aus Irak zu prüfen. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten für eine Aussetzung des Vertrags über vollständige Wiederherstellung der Staatssouveränität Kuweits untersucht werden.

(TASS)

## Konsultativtreffen über den Unionsvertrag

Auf einem Konsultativtreffen mit Vertretern der Union der SSR hat die aserbaidschanische Delegation am Dienstag in Moskau einen eigenen Entwurf für den Unionsvertrag unterbreitet. Die aserbaidschanische Abordnung wurde vom Vorsitzenden der Kommission des Obersten Sowjets Aserbaidschans für zwischenationalen Beziehungen, Afrand Daschdamrow, und die Delegation der Union vom Vorsitzenden des Nationalitätensozietätsrates des Obersten Sowjets der UdSSR, Rafik Nischanow, geleitet.

Die Teilnehmer der Konsultativtreffen sprachen sich dafür aus, einen einheitlichen Unionsmarkt als Grundlage für die künftige Union zu erhalten. Zugleich wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, solche Fragen wie Formierung des Unionshaushaltes, Geldemission im Lande sowie Kre-

ditalpolitik und Preisbildung weiter zu behandeln. Eine lebhaft diskutierte haben Probleme der Schaffung eines einheitlichen Fonds für die Finanzierung der Unionsprogramme (darunter auch im Bereich der wissenschaftlichen Forschung, der Medizin und des Bildungswesens) ausgelöst.

Es gab Meinungsunterschiede hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Bildung eigener Streitkräfte oder Abteilungen der Selbstverteidigung nach dem Vorbild der Nationalgarde durch Republiken selbst.

Beschlossen wurde, Arbeitsgruppen für konkrete Fragen zu bilden, welche einer weiteren Durcharbeitung bedürfen. Diese Gruppen nehmen ihre Tätigkeit schon am 1. September auf.

(TASS)

# Freundschaft

ES LEBTE MAL in Tatarien, in Nabereshnye Tschelny, ein russisches Mädchen mit Namen Lillija Wolkowa. Eines Tages lernte sie Woldemar Michel, einen deutschen Burschen aus dem fernen Kasachstan kennen, der in Nabereshnye Tschelny damals seinen Wehrdienst ableistete.

Die Liebe ist allmächtig, sie kennt keine Grenzen und keine Volkszugehörigkeit. Als die Wehrdienstzeit des Soldaten Michel abgelaufen war, kam er mit seiner jungen Frau Lillija nach Hause — nach Atbassar im Gebiet Zelinograd. Lillija lebte in der Familie Woldemars; sie brachte ihm und seinen Eltern

bedeutet auch Freiheit", meinte Lillija Michel.

„Und warum organisierten und leiten gerade Sie, eine Russin, die Gesellschaft ‚Wiedergeburt‘ in Rjowino?“

„Diese Frage wurde an mich oft gestellt. Na ja, ich habe einen deutschen Mann und möchte gern, daß unsere Kinder Deutsch ebenso gut wie Russisch beherrschen, denn das würde sie nur geistig bereichern. Ich bin auch davon überzeugt, daß unser Staat, der das sowjetische Volk grundlos repressiert hatte, ihm alle Schulden unbedingt zurückzahlen muß. Seinerzeit wurde ich in der Familie und in der Schule

chosstatut heraus und zeigt auf den entsprechenden Artikel. Dann erklärte Mjasnikow, daß er an der Arbeit der Deutschen im Kolchos nichts auszusetzen habe. Aber am Beschluß der Kolchosversammlung könne er leider nicht rütteln, weil sie das höchste Leitungsorgan des Kolchos sei. Ja, die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes“, wie man in der Antike in solchen Fällen sagte.

Mein Gesprächspartner war offen darüber empört, warum die Deutschen im Dorf Rjowino nicht ruhig, wie alle anderen, leben können, warum sich eine Frau, Mutter einer großen Familie, in

nossen Proskurjakow, dem Mitglied der Gesellschaft ‚Sprawedliwost‘ (‚Gerechtigkeit‘) in Engels, die für die Wiederherstellung der ASSR der Sowjetunion ausgerufen wurde, geschah. Er wurde aus der KPdSU ausgeschlossen und mußte kündigen. Er mußte also wegen Internationalismus, genauso wie Lillija Michel, leiden. Unsere Arbeiter sollten sich zum Beispiel am 1. November 1989 auf Anordnung der Betriebsleitung an einem Meeting gegen die Wiederherstellung der deutschen Autonomie beteiligen. Kurz vorher, am 29. Oktober, wurde jeder Arbeiter darüber persönlich benachrichtigt. Die ganze Belegschaft hatte laut Anordnung am 1. November auf dem Platz vor dem Stadtpartei-Komitee zu stehen. Die Anwesenheit eines jeden wurde dabei streng kontrolliert. Alle Abwesenden galten als Arbeitsbummelanten. Der Initiator dieser chauvinistischen Kampagne ist Sjusin, I. Sekretär des Stadtpartei-Komitees Krasnoarmejsk, dessen bin ich hundertprozentig sicher!“

Rudolf Huber, Vorsitzender der Grundorganisation der ‚Wiedergeburt‘ in Krasnoarmejsk, und andere Aktivisten setzten sich für den Schutz der Familie Lillija Michel und aller Deutschen in Rjowino vor der offenen Willkür der Kolchosleitung ein. Rudolf Huber verfaßte im Namen seiner Grundorganisation ein Schreiben an M. S. Gorbatschow, B. N. Jelzyn und an die Gebietsstaatsanwaltschaft Saratow, wo er den betrüblichen Vorfall im Tschkalow-Kolchos schilderte. Am 19. Juli dieses Jahres erhielt Rudolf Huber und Lillija Michel eine offizielle Antwort vom stellvertretenden Staatsanwalt des Rayons Krasnoarmejsk, dem Justizrat P. S. Zugaschow, in der er den Beschluß der Versammlung des Tschkalow-Kolchos über die Ausweisung der Familien der Kolchosbauern A. Root, V. Kehr, H. Minickel, V. Michel, H. Quer, E. Quer und H. Wesner für gesetzwidrig erklärte...

DAS SCHWERIGSTE Gespräch während meiner Dienstreise an die Wolga war dasjenige mit dem I. Sekretär des Stadtpartei-Komitees W. L. Sjusin, der die ganze Macht in der Stadt und im Rayon Krasnoarmejsk verkörpert. Sjusin begann mich, nachdem wir uns vorgestellt hatten, regelrecht zu verhören. Er wollte unbedingt meine Einstellung zum Artikel Alexander Kitschichin im ‚Neuen Leben‘ (Nr. 24, 1990) wissen.

„Wissen Sie, junger Mann, ich halte schon ziemlich viel von dem Artikel, der die deutsche Autonomie in der Wolga nur verschärft, die Einwohner von Krasnoarmejsk seien über seine ‚Falsifikationen‘ sehr empört...“

Ja, der Artikel von Alexander Kitschichin, Mitarbeiter der neulich gegründeten Verwaltung des KGB für den Schutz der Sowjetischen Verfassungsordnung, kam bei meinem hochgestellten Gesprächspartner äußerst schlecht an. Wie sollte es auch anders sein! Der KGB-Offizier Kitschichin analysierte darin die antideutsche Kampagne im Gebiet Saratow und belegte das durch zahlreiche Tatsachen. Er schrieb unter anderem: ‚Korrupte Kreise des Gebiets Saratow suchen an der Macht zu bleiben, Wirtschaft und Dienstverbrechen zu verschleiern und sich hinter dem Rücken des von ihnen provozierten Volkes zu verstecken, das sie ins Feuer eines zwischennationalen Konfliktes stoßen. Diese Kampagne wird von der Leitung des Gebietskomitees und einiger Stadtkomitees der KPdSU angeleitet. Gerade ihre Aktivität wie auch ihre Passivität sind auf die Schürung des nationalen Haders, auf die Herabsetzung der nationalen Ehre und Würde der Sowjetdeutschen gerichtet, wodurch sie sowohl direkt als auch indirekt die Rechte der Deutschen als Sowjetbürger schmälern...‘ Von einer exakten Koordinierung des Vorgehens zeugt ja allein die Tatsache, daß die antideutschen ‚Maßnahmen‘ in den Rayons Marx und Krasnoarmejsk gleichzeitig verliefen...

Es ist sehr auffallend, wie Genosse Sjusin all diese deutschfeindlichen Meetings im November und Dezember des Vorjahres in Krasnoarmejsk bewertet: ‚Da gab's keine Meetings...‘

„Na gut, nennen wir es ‚Maßnahmen‘, meinte ich.

„Nein, nein. Es gab keine Maßnahmen, sondern nur spontane Kundgebungen der russischen Bevölkerung, welche nur wollte, daß bei der Lösung der deutschen Frage auch ihre Meinung akzeptiert wird. Das Volk will keine deutsche Autonomie an der Wolga haben, und das ist ein normaler Prozeß.“

„Sollten sich die Menschen auf Anordnung der Stadtbehörden an diesen spontanen Kundgebungen beteiligt haben?“

„Das ist eine Lüge!“ rief empört Sjusin, statt eine Antwort zu geben.

„Na gut. Dann sagen Sie bitte, was meinen Sie zu der offenen Parole bei der Einfahrt in Ihre Stadt? Erniedrigt diese

schreitende Lösung nicht die Würde der Sowjetdeutschen?“

„Ach, das ist nur eine emotional geprägte Meinung unserer Einwohner. Wenn Ihre Emotionen abflauen, so werden wir diese Aufschrift gewiß übertünchen lassen. Aber dafür muß eine bestimmte Zeit vergehen.“

„Genosse Sjusin, Sie haben den Artikel von Alexander Kitschichin als ‚verleumderisch‘ bezeichnet. Wollen Sie den Verfasser für die ‚Verleumdung‘ nicht vor Gericht zur Verantwortung ziehen?“

„Wissen Sie, junger Mann, wir wollen keinen Skandal machen. Die Lage im Rayon ist ohnehin gespannt. Möge Kitschichin seinen Artikel sich selbst verantworten.“

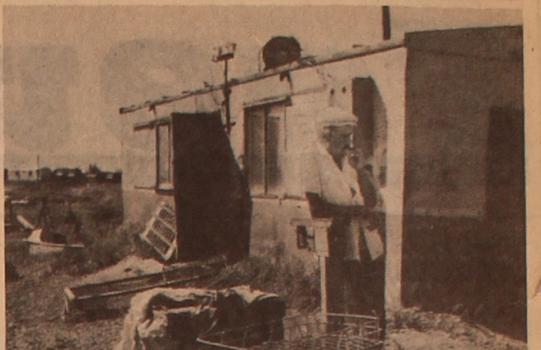
SCHWEREN HERZENS und voller Unruhe verließ ich das Arbeitszimmer des I. Sekretärs und ging an die frische Luft. Auf der Straße sah ich mir die Gesichter von Menschen an. Wie in anderen Städten meines großen Landes konnte ich leider auch hier kein einziges Lächeln finden. Marx hatte recht als er sagte: Das Sein bestimmt das Bewußtsein. An einem Lebensmittelgeschäft stand eine endlose Schlange. Mit bunten Bezugsscheinen in den Händen erwarteten die Menschen geduldig und schweigend die Anlieferung von Butter: Eine Szene, die es in den Filmchroniken des Großen Vaterländischen Krieges zu Hunderten gab — ebensolche Schlangen, gleiche trübe Blicke. Krasnoarmejsk durchlebt zur Zeit seinen ‚kalten Krieg‘. Aber das ist kein ‚Krieg‘ zwischen den Russen und Deutschen, sondern ein Krieg zwischen dem absterbenden totalitären Regime und der sich mühevoll Bahn brechenden Demokratisierung unserer Gesellschaft. Auf beiden Barrikadenseiten des Konfliktes stehen sowohl die Russen als auch die Deutschen. Die Demokratisierung ist gewiß nicht die Demokratie selbst, aber es ist dennoch erfreulich, daß unsere Gesellschaft ihre ersten Schritte zu einem Rechtsstaat macht. Die Aufhebung des Beschlusses der Versammlung des Tschkalow-Kolchos durch die Staatsanwaltschaft Krasnoarmejsk liefert dafür ein bereites Beispiel. In diesem Fall siegte die Gerechtigkeit. Aber wird es die deutschen Einwohner im Rayon Krasnoarmejsk von der Auswanderung abhalten? 1.600 Sowjetdeutsche stellen hier vor kurzem Ausreiseträger. Für die deutschen Einwohner Balzers wird es wohl die zweite und die letzte Auswanderung in die Fremde sein. 1874 begab sich viele Kolonisten aus Balzers unter dem Druck der Russifizierungspolitik der Zarenregierung nach Amerika. In den USA, in Kanada und Argentinien leben zur Zeit viele Nachkommen der rußlanddeutschen Bauern. Früher war das Wolgaland die Kornkammer Rußlands. Jetzt muß unser Staat in diesen Ländern das Getreide für viele Millionen Dollar kaufen, vielleicht auch bei unseren ehemaligen Landsleuten — den Rußlanddeutschen. Ja, der Chauvinismus unserer Vorgesetzten kostet das Volk viel Geld. Auch kulturelle Verluste haben dadurch das deutsche und das russische Volk zu beklagen. Dieser Gedanke kam mir wieder so recht in Ust-Solicha zu Bewußtsein. In diesem ehemals deutschen Dorf, das einst Messer heiß, stehen noch die Mauern und der Glockenturm einer lutherischen Kirche. Von weitem gesehen, gleicht diese Kirche einem roten Raumschiff. Weder die Zeit noch böse Menschen vermochten die alten Kirchenmauern zu zerstören. Und dennoch fielen dem Vandalismus eine wertvolle Orgel und eine Turm- und ein Opfer. Das Kreuz auf der Turmspitze blieb zum Glück erhalten, weil man es nicht erreichen konnte. So hoch erhebt es sich über den Feldern. Gleich an der Kirche liegt ein großer Haufen Altmittel, etwa 300 Meter weiter ist eine hohe Mauer mit Stacheldrahtverhau und Wachtürmen errichtet worden — ein Besserungsarbeitslager für Kriminelle...

„Wissen Sie, junger Mann, wir wollen keinen Skandal machen. Die Lage im Rayon ist ohnehin gespannt. Möge Kitschichin seinen Artikel sich selbst verantworten.“

„Wissen Sie, junger Mann, wir wollen keinen Skandal machen. Die Lage im Rayon ist ohnehin gespannt. Möge Kitschichin seinen Artikel sich selbst verantworten.“

„Wissen Sie, junger Mann, wir wollen keinen Skandal machen. Die Lage im Rayon ist ohnehin gespannt. Möge Kitschichin seinen Artikel sich selbst verantworten.“

„Wissen Sie, junger Mann, wir wollen keinen Skandal machen. Die Lage im Rayon ist ohnehin gespannt. Möge Kitschichin seinen Artikel sich selbst verantworten.“



Mit kritischem Auge gesehen

## Braucht der Kapschagaisee einen Herren?

„Die ökologische Situation im Staubecken Kapschagai ist zufriedenstellend“, teilen die Spezialisten des Gebietskomitees für Naturschutz mit. „Wir kontrollieren regelmäßig die Abwässer von Industrie und Landwirtschaft und entnehmen überall Wasser zur Analyse.“

Zugleich schlägt die Öffentlichkeit Alarm: Die Ufer des Sees sind verunreinigt, Toiletten fehlen, Müllcontainer gibt es ebenfalls nicht, die Feriengäste in der Erholungszone Alma-Atas verletzen sich beim Baden häufig an Oberresten zerstörter Stahlbojenfertigteile, die Binnenschiffe befolgen nicht die Sanitätsregeln bei der Arbeit auf dem Staubecken...

„Die ökologische Situation im Staubecken Kapschagai ist zufriedenstellend“, teilen die Spezialisten des Gebietskomitees für Naturschutz mit. „Wir kontrollieren regelmäßig die Abwässer von Industrie und Landwirtschaft und entnehmen überall Wasser zur Analyse.“

Zugleich schlägt die Öffentlichkeit Alarm: Die Ufer des Sees sind verunreinigt, Toiletten fehlen, Müllcontainer gibt es ebenfalls nicht, die Feriengäste in der Erholungszone Alma-Atas verletzen sich beim Baden häufig an Oberresten zerstörter Stahlbojenfertigteile, die Binnenschiffe befolgen nicht die Sanitätsregeln bei der Arbeit auf dem Staubecken...

„Die ökologische Situation im Staubecken Kapschagai ist zufriedenstellend“, teilen die Spezialisten des Gebietskomitees für Naturschutz mit. „Wir kontrollieren regelmäßig die Abwässer von Industrie und Landwirtschaft und entnehmen überall Wasser zur Analyse.“

Zugleich schlägt die Öffentlichkeit Alarm: Die Ufer des Sees sind verunreinigt, Toiletten fehlen, Müllcontainer gibt es ebenfalls nicht, die Feriengäste in der Erholungszone Alma-Atas verletzen sich beim Baden häufig an Oberresten zerstörter Stahlbojenfertigteile, die Binnenschiffe befolgen nicht die Sanitätsregeln bei der Arbeit auf dem Staubecken...

„Die ökologische Situation im Staubecken Kapschagai ist zufriedenstellend“, teilen die Spezialisten des Gebietskomitees für Naturschutz mit. „Wir kontrollieren regelmäßig die Abwässer von Industrie und Landwirtschaft und entnehmen überall Wasser zur Analyse.“

Zugleich schlägt die Öffentlichkeit Alarm: Die Ufer des Sees sind verunreinigt, Toiletten fehlen, Müllcontainer gibt es ebenfalls nicht, die Feriengäste in der Erholungszone Alma-Atas verletzen sich beim Baden häufig an Oberresten zerstörter Stahlbojenfertigteile, die Binnenschiffe befolgen nicht die Sanitätsregeln bei der Arbeit auf dem Staubecken...



## Das gemeinsame Haus zusammen aufbauen

Eine Gruppe von russischsprachigen Deputierten des Obersten Sowjets Estlands hat an die Bevölkerung der Republik appelliert, zusammen das gemeinsame Haus Estland aufzubauen. In dem am Dienstag in Tallinn veröffentlichten Appell werden Versuche kategorisch zurückgewiesen, die russischsprachigen Abgeordneten als „Befürworter der Reichspolitik und Neostalinisten“ hinzustellen.

„Der Oberste Sowjet Estlands hat genug Deklarationen und Resolutionen über die Unabhängigkeit, die Trennung von der Union und die Wiederherstellung der Estnischen Republik angenommen“, heißt es in dem Dokument weiter. „Das sind aus politischer Sicht sehr wichtige Dokumente. Haben sie aber Kraft und Sinn, wenn sie nicht durch eine wirtschaftliche Unabhängigkeit untermauert und gesichert sind? Das letztere eben nicht der Fall ist, davon kann sich ein jeder von uns täglich selbst überzeugen, in-

dem man das zügellose Steigen der Preise, die sich immer erweiternde Mangelwareliste, die Spekulation, darunter auch auf staatlicher Ebene, und die Lebensvertierung beobachtet...“ heißt es in dem Appell.

Die Autoren des Dokuments verweisen darauf, daß ihre Versuche, diese Fragen in Sitzungen des Obersten Sowjets zu behandeln, auf geschlossenen und kategorischen Widerstand der regierenden Mehrheit gestoßen sind. Keiner der Vorschläge, Wirtschaftsfragen auf die Tagesordnung zu setzen, fand Unterstützung.

In dem Appell wird Empörung darüber geäußert, daß keiner der von den russischsprachigen Abgeordneten vorgeschlagenen Kandidaten in die Kommission aufgenommen wurde, die zu Verhandlungen mit der UdSSR und der RSFSR bevollmächtigt ist.

Barbarei und Vandalismus

nannte der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets Litauens Kazimieras Moteka die Ausschreitungen vom 23. August in der litauischen Hauptstadt. „Die barbarischen Aktivitäten und Vandalismus kompromettieren unseren Freiheitskampf“, sagte er am Montag im republikanischen Fernsehen.

Am 23. August hat eine Gruppe Jugendlicher die Jugendorganisation „Jaunoli Letuva“, „Freiheitsliga Litauens“ und eine Reihe anderer Gruppierungen vertrieben. Den 51. Jahrestag der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Paktes mit einer Zusammenrottung auf dem zentralen Platz von Vilnius begangen. In Chören Losungen ausrufend, übergossen sie das Lenin-Denkmal

### Denkanstöße

# Angeklagt wird... der Internationalismus

zur Freude neun hübsche Söhne zur Welt. Mit der Zeit wuchsen die Söhne groß und waren bäuerlich gesund. Die große Familie Michel lebte in Liebe und Eintracht: Lillija lernte inzwischen von ihrem Woldemar, Schwiegereltern und Nachbarn den wolgadeutschen Dialekt. Von ihnen erfuhr sie auch das bittere Schicksal des sowjetischen Volkes in der Kriegs- und der Nachkriegszeit.

1989 übersiedelten Lillija und Woldemar samt ihren Kindern an die Wolga, in den Rayon Krasnoarmejsk, Gebiet Saratow, Krasnoarmejsk, das ehemalige Balzer, war die Heimat von Woldemars Eltern. Die Michels ließen sich mit Kind und Kegel im Dorf Rjowino nieder. Dort lebten bereits einige deutsche Familien aus dem Gebiet Zelinograd.

im Geiste des „proletarischen Internationalismus“ erzogen. Man brachte mir von klein auf bei, daß wir Sowjetmenschen die Völkerfreundschaft immer pflegen und festigen müssen. Jetzt aber will man mich und meine Familie wegen Internationalismus verfolgen!“

NUN BEFINDE ICH mich im Arbeitszimmer des Vorsitzenden des Tschkalow-Kolchos Viktor Mjasnikow: Der rothaarige Riese, ein echtes Bauernblut, erzählt mir von wirtschaftlichen Leistungen seines Betriebs. Der Kolchos produziert jüngst um so und so viel Tonnen Fleisch und Milch mehr als in den vorigen Jahren, so und so viel Rubel Gewinn erzielte er im Vorjahr... An seinen starken Fingern zählt Viktor die Erfolge des Kolchos ab. Über seinem Kopf hängt eine rote Plastiktafel mit dem Bildnis von Lenin, daneben ein Zitat: „Die Kolchos sind für die Bauern eine Schule des Kommunismus“. Aus dem Fenster bietet sich mir ein Blick auf Dorfstraße mit zahlreichen malerischen Regenpflügen und schiefen Zäunen. Müde Frauen in dunklen Gummistiefeln und trostlos graue Kleider treiben auf der Straße ihre Kühe heim. Ein angründender Mann versucht, zwischen den in den Strahlen der untergehenden Sonne rosa gewordenen Pflügen zu balancieren. Rjowino, ein typisches russisches Dorf vom Ende des 20. Jahrhunderts, bereitet sich auf Melken vor.

die Politik einmischt“. Ich hörte ihm zu und dachte, daß dieser Mann, der die entwürdigende „Schule des Kommunismus für die Bauern“ durchgemacht hatte, nicht begreifen kann, daß der Mensch lebt, nicht nur, um auf dem Acker zu schuften. Ihm war es auch unklar geblieben, warum Lillija Michel die ihr vorgeschriebene Schranke — Kinder, Küche, Kolchose — brach und sich nun mit „Politik“ befäßt.

Mein Gespräch mit Alexander Tretjakow, dem Vorsitzenden des Dorfsowjets Rjowino, mißlang sofort. Genosse Tretjakow leugnete ohne weiteres selbst die Tatsache der Durchführung einer Kolchosversammlung, auf welcher der Beschluß über die Ausweisung der Familien Root, Kehr, Minickel, Michel, Quer und Wesner aus ihren Häusern im Laufe eines Monats gefaßt wurde. Heute ist es allerdings schon klar, welche Rolle Tretjakow und Mjasnikow in dieser gemeinen Geschichte spielten. Sie sind bloß „Schraubchen“ des allmächtigen, durch und durch bürokratischen Apparats. Unter den Bedingungen des überlebten administrativen Kommandosystems sind sowohl Gutes als auch Schlechtes nur auf Verordnung höherer Vorgesetzter getan wird, es nicht gewagt, die Hetzkampagne gegen Lillija Michel und ihre deutschen Landsleute auf eigene Initiative zu organisieren. Mjasnikow und Tretjakow sind nur Statisten in diesem ungeschickten „Affentheater“. Die wahren Drahtzieher und Inspiratoren dieser Hetze sind viel höhere Tiere...

Die Diplombuchhalterin Lillija wurde in der Dorfschule als Putzfrau eingestellt. Woldemar arbeitete im Tschkalow-Kolchos als Traktorist, Feuerwehrmann und im Winter als Nachtwächter. Er freute sich über jede Arbeit, denn er mußte ja eine große Familie unterhalten. Das Leben der Michels wäre im Dorf vielleicht auch weiter so monoton und still wie das aller Einwohner Rjowinos verlaufen, die sich im Kolchos ihr tägliches Brot verdienen. Aber der Mensch lebt, wie bekannt, nicht nur von Brot allein: Lillija Michel gründete unter den deutschen Dorfeinwohnern im Februar dieses Jahres eine Grundorganisation der Gesellschaft „Wiedergeburt“.

„Von da an wurde das Leben unserer Familie im Dorf unerträglich. Die Nachbarn und Arbeitskollegen begannen uns zu meiden. Die Leute gucken uns jetzt schief an, als ob wir ‚Volkseinde‘ seien“, erzählt Lillija Michel.

„Der Kolchosvorsitzende Mjasnikow verbot Woldemar, einen Nebenberuf auszuüben, obwohl er gut weiß, wie sehr unsere große Familie Geld braucht. Hat man zu ihm als Feuerwehrmann und Nachtwächter etwa kein Vertrauen mehr? In der Schule darf ich auch nicht nebenberuflich arbeiten. Im Frühling wurde mein Sohn von unbekanntem Burschen aus dem Nachbarort verprügelt. Zum Höhepunkt dieser Schändlichkeit wurde dann die Kolchosversammlung, die am 7. Juni dieses Jahres in Rjowino stattfand. Auf der Tagesordnung standen zwei Punkte: „Die Verletzung des Kolchosstatuts durch den Vorsitzenden des Kolchosvorstandes Mjasnikow“ und „Über die gesetzwidrige Bildung einer Grundorganisation der ‚Wiedergeburt‘ in Rjowino“. An dieser Versammlung beteiligten sich 115 Mitglieder des Tschkalow-Kolchos. Das war ein Affentheater! Der Vorstandsvorsitzende bekam einen strengen Verweis dafür, daß er im Kolchos Deutsche eingestellt und ihnen gute Wohnungen gegeben hatte, obwohl im Dorf Wohnungsnot herrscht. Besonders stark brachte die Leute die Tatsache auf, daß in Rjowino ein deutscher Verein organisiert werden war. „Was wollt ihr da wiederherstellen?! Das ist ein russisches Dorf! Wir brauchen hier keine geheimen Gesellschaften! Keine Freimaurerlogen!“ Nieder mit der deutschen Autonomie an der Wolga! riefen die erzürnten Kolchosmitglieder. Jemand schlug vor, alle Deutschen aus dem Dorf Rjowino in 24 Stunden auszusiedeln. Manche heiß Köpfe drohten uns zu verprügeln. Mehr Erniedrigung als an jenem Tage hatte ich noch nie in meinem Leben erlebt. Das war eine harte Bewährungsprobe für die Mitglieder unserer Grundorganisation. Der Sekretär und der Schatzmeister leugneten auf dieser Versammlung ihre Zugehörigkeit zur ‚Wiedergeburt‘, sie hatten Angst vor Repressalien seitens der Dorfbehörden. Und diese Angst hatte einen realen Boden: Die Kolchosversammlung beschloß, daß alle deutschen Familien die besseren Wohnungen bis zum 7. Juli dieses Jahres zu räumen und in schlechtere umzuziehen haben.“

Ich unterbreche höflich den Kolchosvorsitzenden und bitte ihn mir über den Beschluß der Kolchosversammlung vom 7. Juni zu erzählen.

„Wissen Sie, ich erhielt auf dieser Versammlung von unseren Kolchosbauern einen strengen Verweis. Wofür? Weil ich gegen die soziale Gerechtigkeit verstoßen hätte. Ich hatte den Familien der Menschen deutscher Nationalität beste Wohnungen gegeben und dadurch unsere Arbeitsvetteran und Ordenträger benachteiligt, die seit mehreren Jahren auf der Warteliste stehen. Das erbitterte unsere Leute sehr. Auf meine Initiative hin waren ja die Menschen deutscher Nationalität ins Dorf gekommen. Von meinen Bekannten in Kasachstan hatte ich über ihre Arbeit viel Gutes gehört und wollte mit ihrer Hilfe unsere Wirtschaft auf die Beine bringen. Ich wollte ein bloßen Ordnung beibrachten. Aber es kränkelte die Unsereiten und führte zu Spannungen. Das fiel gerade mit dem Protestmeeting gegen die deutsche Autonomie in Marx und Krasnoarmejsk zusammen. Und nun erfahren unsere Leute, daß in ihrem Dorf eine geheime deutsche Organisation besteht. Die Personen deutscher Nationalität gründeten sie, ohne die örtlichen Behörden zu konsultieren oder sie davon zu benachrichtigen. Was soll das heißen? Obriegen ist die Uniongesellschaft ‚Wiedergeburt‘ noch immer nicht registriert, das heißt vom Staat nicht anerkannt. Ich begreife übrigens gar nicht, was den Michels fehlt: Sie haben ein gutes Haus mit Bad und Toilette. Wir schufen für sie gute Arbeitsbedingungen: Woldemar Michel bekam drei Löhne, Lillija — anderthalb. Was brauchen diese Leute noch?“

Die KLEINE STADT Krasnoarmejsk begrüßte mich bei der Einfahrt mit der blauen Aufschrift auf einer Betonmauer: „Nein der deutschen Autonomie!“ Vor dem Herbst 1941 hieß das Städtchen Balzer. (Genannt nach dem Namen des ersten Vorstehers, der hier, am Ufer des Goly Karamysch 1765 gegründeten deutschen Kolonie Balzer (Bartholl).

Sofort nach der Deportierung aller Deutschen hinter den Ural wurde Balzer in Krasnoarmejsk umbenannt. Übrigens fand ich im Postleitzahlbuch 28 Orte, die in unserem Land genau so heißen. Das genannte Krasnoarmejsk unterscheidet sich von seinen „Namensvettern“ nur durch die erbärmlich zugerichteten Reste der einst gedeihenden rußlanddeutschen Architektur: Aus roten Ziegeln gebaute Häuser mit Bogen- und Spitzbogenfenstern, großzügig breite Wohnräume und Scheunen in Höfen. Heute sieht die Stadt sehr provinziell aus wegen ihren zahlreichen Pfützen, üppig wachsendem Unkraut, leeren Läden, endlosen Menschenschlangen nach Zucker, Nudeln und Säfte. In Krasnoarmejsk lernte ich Aktivisten der Stadtorganisation der ‚Wiedergeburt‘ kennen. Der Arbeitsveteran Johannes Bartholl, ein Nachkomme des Begründers der Kolonie Balzer, erzählte über die Entstehung der chauvinistischen Lösungen an der Betonmauer sowie an den Zäunen und Wänden der Wohnhäuser, die ich während meines Aufenthalts in der Stadt oft sah: „Sie erschlenen wie Pilze nach dem Regen zu gleicher Zeit mit der Hetzkampagne im vorigen Herbst. Das ist eine Beleidigung und Erniedrigung der Deutschen, die heimkehren wollten. Die Ortsbehörden tun leider gar nichts, um es zu verhindern. In Sibirien, in unserer Verbanngung, hatte uns niemand beleidigt. Im Gegenteil: Die Sibirjaken hatten viel Mitleid zu uns, unsere deutschen Landsleute in Krasnoarmejsk lassen sich z. B. im Notfall lieber in Kasachstan, wo sie vor ihrer Heimkehr gewohnt hatten, operieren oder kurieren. Hier haben sie Angst vor der vorsätzlichen schlechten medizinischen Behandlung“, vor den hiesigen Ärzten.“

„Ich glaube, wir leben jetzt in einer neuen Zeit. Die Menschen in unserem Lande haben zu lange gezeitert. Es muß ja endlich Schluß gemacht werden mit den Ängsten. Die Perestroika

aus seinem Schreibtisch das Kol-

Aus aller Welt

# PANORAMA

## Stiftung will pädagogisches Kulturgut bewahren

Nur wenige der frühbürgerlichen deutschen Pädagogen sind der Allgemeinheit heute noch bekannt. Da wäre vielleicht Friedrich Fröbelhals Pionier des deutschen Kindergartens oder auch Adolph Diesterweg als Wegbereiter der bürgerlich-demokratischen Schulreform, dessen bevorstehender 200. Geburtstag am 29. Oktober seine Person für kurze Zeit stärker ins Licht der Öffentlichkeit rücken wird. Aber gab es nicht noch viele andere?

Noch weniger weiß man heute über ihre Vorstellungen von Erziehung und Ausbildung. Wer kann beispielsweise auf Anbahn erklären, welche Ziele der deutsche Philantrophismus verfolgte? Damit verbunden sind die Namen Johann Bernhard Basedow, der 1774 das Philantrophium in Dessau gründete, Christian Gotthilf Salzmann, der 1784 in Schneepfenthal eine ähnliche Erziehungsanstalt gründete und Joachim Heinrich Campe, Lehrer der Gebrüder Humboldt, der die Ideen des Philantrophismus weiterentwickelte und sie in zahlreichen Schriften publizierte.

Die Vertreter dieser Erziehungsrichtung hatten bereits im XVIII. Jahrhundert durchaus moderne Vorstellungen über die Heranbildung tüchtiger junger Menschen für eine funktionierende Gesellschaft, die allen wirtschaftliche Selbstständigkeit und sittliche Vervollkommnung ermöglichte. Sie forderten und praktizierten in der Ausbildung die Betonung auf die Naturwissenschaften, kaufmännische Fächer, moderne Fremdsprachen und die körperliche Erleichterung. Damit ihre Werke und Ideen wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden, hat sich im Juli in Berlin eine „Arbeitsgemeinschaft Stiftung pädagogisches Kulturgut e. V.“ gegründet. Die in der DDR vorhandenen wertvollen Bestände an historischer pädagogischer Literatur seit dem XV. Jahrhundert sind umfangreich. Allein rund 960 000 Bände befinden sich vorrangig im Besitz der Pädagogischen Zentralbibliothek der DDR. Sie stammen im wesentlichen aus der Comenius-Stiftung 1871 und den Beständen der 1875 gegründeten deutschen Lehrerbücherei.

Weitere pädagogische historische Literatur ist verteilt an mehreren Orten in der DDR untergebracht, darunter die Bestände der 1892 gegründeten Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte und des deutschen Schulmuseums in Berlin im 1987 gegründeten Schulmuseum in der Berliner Wallstraße und im Archiv der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Die Aufbewahrungsbedingungen — fehlende Räumlichkeiten und der Mangel an notwendiger Informations- und Dokumentationstechnik — erweisen sich als äußerst kompliziert und stehen dem Ziel, die Bücher der wissenschaftlichen Forschung und der Öffentlichkeit in größerem Ausmaß als bisher zugänglich zu machen, entgegen.

Die jetzt gegründete Arbeitsgruppe will die in den nächsten Monaten beabsichtigte Gründung einer gesamtdeutschen Stiftung „Bildung und Wissenschaft“ unterstützen. Bereits jetzt bestehen Kooperationsbeziehungen zu Partnerinstitutionen in der Bundesrepublik und in Westberlin. Zweck der Stiftung ist die finanzielle Absicherung der Erhaltung und Bewahrung der vorhandenen Bücherschätze sowie der geplanten offensiven Öffentlichkeitsarbeit. Es ist vorgesehen, der Stiftung eine Forschungsstelle anzugliedern. Beispielsweise will man mit Hilfe moderner Computer, Kopier- und Schreibtechnik aus dem vorhandenen Fundus spezielle Datenbanken erarbeiten und zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung stellen. Wissenschafts- und Bildungshistoriker aus beiden Teilen Deutschlands sollen in ihrer besonderen Verantwortung bei der Bewahrung, Pflege und wissenschaftlichen Erschließung wissenschaftshistorischer und pädagogischer Kulturgüter zusammengeführt werden. Die Aussichten für die Verwirklichung des Konzeptes sind nach Aussage von Dr. Gert Geißler, Schatzmeister der Arbeitsgemeinschaft der Stiftung, vor allem deshalb günstig, weil in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten nichts vergleichbares auf dem Gebiet der historischen Pädagogik entstanden ist.

## Aus- und Fortbildung für die dritte Welt

Die Länder der Bundesrepublik Deutschland haben seit 1962 insgesamt fast 1,5 Milliarden DM für die Entwicklungshilfe aufgewendet. In den letzten Jahren befehlen sich ihre Mittel für die Projektförderung in der Dritten Welt auf jährlich mehr als hundert Millionen DM — mit steigender Tendenz. In diesen Zahlen sind die weitaus höheren Kosten für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen an deutschen Hochschulen und Universitäten für Studenten aus Entwicklungsländern nicht enthalten; sie liegen oberhalb von 350 Millionen DM im Jahr.

In ihrem von Entwicklungsminister Jürgen Warnke in Bonn vorgelegten „Entwicklungspolitischen Bericht“ weist die Bundesregierung darauf hin, daß die Förderung von Aus- und Fortbildung im Mittelpunkt der Entwicklungshilfe der deutschen Länder steht. Einige Länder haben ihre Beiträge zur Entwicklungshilfe auf Partnerländer in der Dritten Welt oder auf Regionen in solchen Ländern konzentriert. So bestehen seit 1982 Partnerschaften zwischen Niedersachsen und dem Sudan sowie zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda. Weitere Länder unterhalten Partnerschaften mit Provinzen der Volksrepublik China.

Grundlage der Kooperation zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen in der Entwicklungspolitik sind Beschlüsse der Länder-Ministerpräsidenten. Darin stellen sie fest, daß die Entwicklungshilfe grundsätzlich Sache der Bundesregierung ist. Jedoch erklären sie die Bereitschaft, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an dieser Aufgabe mitzuwirken. Dabei bietet sich angesichts der Kulturhoheit der Länder in der Bundesrepu-

blik Deutschland besonders das Bildungswesen einschließlich der beruflichen Bildung an. Ebenso hat die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Universitäten in Deutschland und in Entwicklungsländern Vorrang. Hierbei geht es nicht nur um die Förderung der Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs für Entwicklungsländer, sondern auch um die gemeinsame Forschung. Die Länder wollen sich stärker an der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern beteiligen und die Mittelstands-, Handwerks- und Genossenschaftsförderung ausbauen. Schließlich haben für sie Projekte in Entwicklungsländern zum Schutz der Umwelt und dem schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen Priorität.

Die Entwicklungshilfe der Länder wird in einem „Bund-Länder-Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ eng mit dem Entwicklungsminister koordiniert. Damit wird gewährleistet, daß es zwischen Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder weder zu Überschneidungen noch zu gegenläufigen Förderungen kommt. Auf diese Weise stehen den Ländern auch die Kenntnisse und Erfahrungen der Bundesregierung und ihrer Entwicklungspolitischen Durchführungsorganisation zur Verfügung. Zu einem großen Teil wickeln die Länder ihre Leistungen für die Dritte Welt auch über diese Organisationen ab — etwa über die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) und über die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG).

Karl ZAWADZKY (DaD)



Die Verlegung der amerikanischen Truppen und Kriegstechnik nach Saudi-Arabien ist die größte Transportoperation des Pentagons seit dem vietnamesischen Krieg. Unser Bild: Der Raketenkreuzer der Seestreitkräfte der USA „Antium“ im Persischen Golf mit Kriegstechnik und Personal an Bord. Foto: AP-TASS

Zur Lage am und um den Persischen Golf

## Die Situation entschärfen

Die in Kuwait stehenden irakischen Truppen sollen sich mindestens 16 Kilometer von der Grenze zu Saudi-Arabien zurückgezogen haben, berichtete am Montag der amerikanische Fernsehsender ABC. Vom Pentagon wurde eine Bestätigung dieser Information jedoch abgelehnt. Unmittelbar zuvor hatte König Fahd von Saudi-Arabien Bagdad appelliert, seine an der saudi-arabischen Grenze eingesetzten Armee-Einheiten zu demobilisieren und sich aus Kuwait zurückzuziehen. Auf der wöchentlichen Regierungssitzung hatte sich der Herrscher zugleich für eine friedliche Lösung des Konflikts ausgesprochen. In New York hat unterdessen UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar eine eigenständige Initiative zur Entschärfung der gefährlichen Situation am Golf ange-

kündigt. Wie er am Montagabend auf einer seiner seltenen Pressekonferenzen erklärte, habe er für sein für Donnerstag in Amman vorgesehenes Treffen mit Iraks Außenminister Tariq Aziz kein offizielles Mandat des Sicherheitsrates. Er trete lediglich in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Vereinten Nationen auf. Wie aus irakischen diplomatischen Kreisen verlautete, werde der irakische Außenminister seinen Gesprächspartner im Namen von Staatspräsident Saddam Hussein, zu einem Besuch Bagdads einladen und, zugleich Bereitschaft zum Kompromiß in Fragen unserer ausländischen Gäste zum Ausdruck bringen.

Perez de Cuellar, dessen Initiative vom Sicherheitsrat nachdrücklich begrüßt wurde, will seine Gespräche vor allem im Rahmen

der UNO-Resolutionen 660 und 664 führen, in denen die irakische Invasion in Kuwait verurteilt, die freie Ausreise aller Ausländer aus Irak und Kuwait gefördert und gegen die Schließung der Botschaften in Kuwait Stellung genommen wird.

Washington hat inzwischen aus Antwort auf das Vorgehen Bagdads gegen ausländische Botschaften in Kuwait die Ausweitung von 36 der 35 in den USA tätigen irakischen Diplomaten verfügt und 34 weitere Regierungen aufgefordert, seinem Beispiel zu folgen.

Wie aus dem UNO-Hauptquartier verlautete, haben sich bis zum 25. August insgesamt 88 der 159 Mitgliedsstaaten der Weltorganisation den vom Sicherheitsrat gegen Irak beschlossenen Sanktionen angeschlossen.

und wissenschaftlich-technische Beziehungen mit Irak unterhalten hat, darauf eingestellt gewesen, im Rahmen eines mehrseitigen Abkommens längerfristig 2,5 Millionen Tonnen irakisches Öl durch sowjetische Tankschiffe geliefert zu bekommen. „Unter den jetzigen Umständen ist es unwahrscheinlich, daß die UdSSR in der Lage sein wird, eine solche Menge durch Öl aus eigener Produktion zu kompensieren.“ Außerdem werde Bulgarien 140 Millionen

Dollar verlieren, die Irak wegen der Einstellung von Ingenieurtechnischen und Transportleistungen sowie von Warenlieferungen nun nicht bezahlen wird. Angesichts der vielschichtigen Wirtschaftsbeziehungen Sofias mit Irak und Kuwait bestehe die Gefahr einer so starken Ausweitung der Verluste, daß „eine weitere Verschärfung der Energie- und Finanzkrise“ Bulgariens ernsthaft befürchtet werden müsse.

## Ernstes Wirtschaftsproblem wegen Irak-Boykott

Auf weit über eine Milliarde Dollar hat Bulgarien die Verluste beziffert, die dem Land durch seine Beteiligung am UNO-Handelsembargo gegen Irak entstehen. Allein die Schulden Iraks bei Bulgarien, deren Rückzahlung nun blockiert ist, würden 1,2 Milliarden Dollar ausmachen, heißt es in einem im UNO-Hauptquartier verbreiteten Memorandum der bulgarischen Regierung. Sofia macht damit erneut auf die offenbar mifflige Lage aufmerksam, in die das Balkanland durch den allgemeinen Wirtschaftsboykott geraten ist, den die Vereinten Nationen als Antwort auf die Okkupation Kuwails über den Aggressor Irak verhängt haben.

Während der UNO-Sicherheitsrat beschloß, gewisse Kompensationen für die Verluste zu leisten, die dem irakischen Nachbarland Jordanien aus dem Embargo entstehen, ging Sofia vorerst leer aus. Ebenso wie Jordanien hatte Bulgarien beim Sicherheitsrat um

Hilfe ersucht. Wie der britische UNO-Botschafter Sir Crispin Tikkel nach der Ratstagung mitteilte, wird allerdings gegenwärtig an einer generellen Regelung des Problems von Embargo-Verlusten im Rahmen der UNO gearbeitet. Bulgarien und Jordanien hätten sich bei ihren Anträgen auf Artikel 50 der UNO-Charta berufen, der jedoch lediglich einzelnen Ländern gestattet, bei besonderen wirtschaftlichen Problemen infolge von Embargo-Maßnahmen „den Sicherheitsrat wegen der Lösung dieser Probleme um Rat zu fragen“. Als besorgniserregend bezeichnet das bulgarische Dokument, daß Irak seine Schulden bei Sofia eigentlich in Form von Erdöllieferungen zurückzahlen sollte, die dem Balkanland jetzt offenbar verloren gehen. Allein bis Ende dieses Jahres hätte Irak 140 000 Tonnen Öl liefern müssen.

Darüber hinaus sei Bulgarien, das traditionell enge ökonomische

## Klare Haltung

Embargomaßnahmen schädigen tschechoslowakische Wirtschaft

Der zu Wochenbeginn im Prager Außenministerium gegenüber dem irakischen Botschafter angeschlagene Ton war deutlich: Die CSFR erachte die derzeitige Lage in Irak als nicht normal und der weiteren Tätigkeit tschechoslowakischer Unternehmen im Land nicht dienlich. Erneut forderte Prag, alle in dem arabischen Staat tätigen CSFR-Bürger ausreisen zu lassen. Derzeit werden noch 240 Tschechen und Slowaken — vorwiegend Spezialisten von Außenhandelsbetrieben — in Irak festgehalten.

Die Tschechoslowakei und Irak verbinden intensive Wirtschaftsbeziehungen, die bis 1958 zurückreichten. In den vergangenen Jahren errichteten tschechoslowakische Unternehmen hier eine Reihe wichtiger Investitionsobjekte, darunter Erdölraffinerien in Basra und Salahuddin. Hinzu kommen umfangreiche Bewässerungsprojekte zwischen Euphrat und Tigris sowie Lieferungen von Maschinen und Konsumgütern. Wenn Irak auch nur an 27. Stelle der CSFR-Handelspartner rangiert, bringt die Beteiligung

an den internationalen Sanktionen für die im Umbruch befindliche Wirtschaft des Landes zusätzliche Probleme mit sich. Immerhin betrug das bilaterale Handelsvolumen im Vorjahr rund 1,8 Milliarden Kronen. Darüber hinaus steht Irak derzeit gegenüber der CSFR mit 300 Millionen Dollar in der Kreide.

Freilich hat auch die Tschechoslowakei durch umfangreiche Waffenexporte zur Aufzucht des Aggressors beigetragen. Wie aus dem dafür zuständigen Außenhandelsbetrieb Omnipol zu erfahren war, wurden jedoch seit zwei Jahren nur noch Ersatzteile geliefert. Präsident Vaclav Havel gab am Wochenende bekannt, daß die Ausbildung von 80 irakischen Offizieren an der Brnoer Militärakademie eingestellt worden ist. Obwohl er sich verbalen Vorwürfen an die Adresse Saddams Hussein enthielt, brachte Havel die tschechoslowakische Haltung gegenüber den Gebaren des Diktators unmißverständlich zum Ausdruck: Im Falle weiterer Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über Embargomaßnahmen werde die CSFR Militärärzte, Mediziner oder auch Piloten direkt in die Krisenregion entsenden.

## In wenigen Zeilen

**PEKING.** China will im nächsten Jahr rund 12 000 ausländische Experten anwerben und mehr als 100 000 junge Leute zum Studium ins Ausland schicken. Wie AFP berichtet, wird die Volksrepublik rund 4 500 ausländische Fachleute für Technologie und Management anstellen, die in großen und mittleren Unternehmen arbeiten sollen. Weitere 7 400 Experten aus dem Ausland sollen in kulturellen Einrichtungen und Institutionen des Erziehungswesens sowie in den Medien eingesetzt werden.

**POTSDAM.** Mehrstündige gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen der ausländischen Bürgern erforderten in der Kleinstadt Trebbin, Kreis Luckenwalde, einen massiven Polizeieinsatz. Eine Gruppe von etwa 30 Jugendlichen hatte mit Steinen Fenster eines Wohnheims eingeworfen, in dem vorwiegend Bürger aus Mocambique untergebracht sind. Heimbewohner begaben sich daraufhin zum Kulturhaus der Stadt und schlugen dort ihrerseits Fenster ein. Anschließend beschädigten sie Mopeds, Kräder und Autos. Dabei kam es zu mehreren Schlägereien im Stadtgebiet.

Bei den Auseinandersetzungen wurden sechs Personen verletzt, darunter zwei Polizisten.



**SÜDKOREA.** Der Reuter-Agentur zufolge fordern die radikal gesinnten Studenten, die Reisen durch den Süden der demilitarisierten Zone machen, die Aufhebung des Gesetzes über die nationale Sicherheit, das freies Reisen durch den Norden des Landes verbietet. Foto: TASS

## Walesa fordert Auflösung der Solidarnosc

Solidarnosc-Chef Lech Walesa hat die Auflösung und Aufteilung der 1980 gegründeten Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc gefordert. „Sein Land brauche eine freie Marktwirtschaft, freie Parteien und freie Einzelgewerkschaften.“ Die „Solidarnosc“ können wir dann in guter Erinnerung behalten“, meinte Walesa in einem am Montag veröffentlichten Interview für die Mailänder Zeitung „Corriere della sera“.

Die heutige Lage in Polen, die ich im wesentlichen so ge-

schaffen habe“, so Walesa, „set grundsätzlich anders als zu Zeiten der Gründung und des Kampfes der ‚Solidarnosc‘ gegen die Kommunisten“, betonte er auf einem Kongreß in Rimini. „Die Kommunistische Partei ist aufgelöst und mußte einen Schritt nach vorwärts tun, und dies müssen auch Michnik, Geremek und Mazowiecki tun. Es gibt keine KP mehr, niemanden zum angreifen, niemanden, mit dem zu diskutieren ist, keine Opposition.“

senken und die Währungskurse zu stabilisieren. Die Wirtschaft bezahle dies jedoch mit einem starken Anstieg der Arbeitslosenrate sowie sinkenden Produktionsziffern. Aus diesem Grund wurde die Reformpolitik gegen Ende des 1. Halbjahres leicht korrigiert.

Im Gegensatz zum Staatshaushalt ist die Situation in den Woiwodschaften und Gemeinden alarmierend. Die meisten Haushalte dort schlossen das 1. Halbjahr mit einem Defizit. Bereits im Juni beschloß die Regierung daher eine Unterstützung jener Gemeinden sowie auch Ressorts der Zentrale, die am nötigsten Hilfe brauchen. Minister Miasig kündigte die Fortsetzung dieser Hilfe an, machte aber zugleich klar, daß die Territorien nicht ständig auf Rechnung des Staates leben könnten.

## Auslandschinesen sollen investieren

China bemüht sich intensiv um Investitionen von Auslandschinesen wie von Bürgern Hongkongs und Macaus. Ein Beschluß des Staatsrates, der am Dienstag mit der Veröffentlichung in der Zeitung „Renmin Ribao“ in Kraft trat, soll Investitionen dieses Personalkreises begünstigen. Investitionen von Bürgern Taiwans sind in den neuen Bestimmungen noch nicht erfaßt.

Dem Beschluß zufolge können Auslandschinesen ab sofort im ganzen Land selbstfinanzierte

Unternehmen sowie Joint ventures mit einheimischen Partnern gründen, die nicht nationalisiert werden dürfen. Die Investitionen können mit allen Rechten übertragen und vererbt werden. Die neuen Bestimmungen erleichtern den Gewinntransfer ins Ausland sowie die zollfreie Einfuhr von Roh- und Brennstoffen, Maschinen und Anlagen. Den Auslandschinesen wird ferner das Recht zugesichert, langfristige Boden auf dem Festland zu pachten.

## Wieder sinkende Ölpreise

Die Rohölpreise in den USA und in Fernost sind zu Beginn der Woche zum Teil deutlich gefallen. Die Händler reagierten damit offensichtlich auf Meldungen von einer gewissen Entspannung der Situation in der Golfregion und auf die erwartete Aufstockung der Ölförderung durch mehrere OPEC-Staaten. In New York gab am Montag der Preis für US-Rohöl bis zu 10,5 Prozent gegenüber vorigem Freitag nach. Am Dienstag kam es aus gleichen Gründen auch in Singapur zu Preisrückgängen.

Die Ölminder der meisten OPEC-Länder haben sich bei ihrem informellen Treffen in Wien Agenturmeldungen zufolge in der Nacht zum Dienstag für erhöhte Förderquoten ausgesprochen. Diese sollen jedoch nur während der Golfkrise gelten, um den täglichen Ausfall irakischen und kuwaitischen Öls in Höhe von rund 4,6 Millionen Barrel (1 Barrel entspricht 159 Liter) auszugleichen. Besonders Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Venezuela wollen die Ölproduktion ausweiten.

## Extremisten behindern Rückkehr afghanischer Flüchtlinge

Im Rayon Taghab der Provinz Kapasa kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Kämpfern der Islamischen Partei Afghanistans und der „Islamischen Gesellschaft Afghanistans“. Bei einem Feuergefecht mit schweren Waffen verloren beide Seiten Dutzende an Toten und Verwundeten. Der einflußreiche Feldkommandeur der „Islamischen Gesellschaft Afghanistans“ Achmad Schah Massud rief einige

starke bewaffnete Gruppierungen zur Hilfe für seine eigenen Abteilungen, um die Stärkung der Position seiner Konkurrenten in dieser Gegend, die sich schon traditionsgemäß unter deren Kontrolle befindet, zu verhindern.

Praktisch jeden Tag zeugen die Fakten davon, daß die Opposition die Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge in ihre Heimat verhindert.

## Den Meinungs-austausch vertiefen

Der für den Zeitraum vom 5. bis 7. September geplante offizielle Besuch des UdSSR-Außenministers Eduard Schewardnadse in Japan ist berufen, zu einem wichtigen Glied bei der Vorbereitung zu dem Besuch des UdSSR-Präsidenten Michail Gorbatschow im kommenden Jahr in Japan zu werden. Das hat auf einem Briefing in Tokio ein Sprecher der UdSSR-Botschaft in der japanischen Hauptstadt erklärt. Er sagte, daß bei den Verhandlungen auf der Ebene von Außenministern die so-wjetischen Seite zu einem vertieften Meinungs-austausch zu Fragen der bilateralen Beziehungen und der internationalen Probleme, einschließlich der militärpolitischen Situation im asiatisch-pazifischen Raum, bereit sei.

Zur Erweiterung des sowjetisch-japanischen Dialogs tragen nach Auffassung des Sprechers der UdSSR-Botschaft auch die positiven Veränderungen bei, die in der internationalen Lage im letzten Jahr eingetreten sind. Transformiert hat sich der Charakter der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, die, wie auf höchster Ebene festgestellt wurde, einander nicht mehr als militärische Gegner betrachten.

Wir erwarten, daß die Erörterung der militärpolitischen Situation im asiatisch-pazifischen Raum bei den bevorstehenden sowjetisch-japanischen Verhandlungen“, bemerkte er abschließend.

## Spaniens Senioren lehnen in der Mehrzahl Altersheime ab

Spaniens Senioren lehnen in der Mehrzahl die „Endstation Altersheim“ ab und ziehen es vor, in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben. Wie aus einer Umfrage hervorgeht, fordern sie jedoch verstärkte Hilfe im Haushalt oder im Krankheitsfall.

Die spanischen Kommunen wollen sich in Zukunft besser auf die veränderten Bedürfnisse der Älteren einstellen und Programme ausarbeiten, die vom Einkommen übers Saubermachen bis zur Krankenpflege reichen. Allein in der Region Madrid gibt es bereits eine halbe Million Menschen über 65 Jahre. Vier Prozent dieser oft alleinlebenden Menschen sehen im Altersheim die Lösung.

Aus Geldmangel wollen sich die Kommunen mit den verschiedenen karitativen Organisationen zusammenschließen und rufen außerdem zu Spenden und zu freiwilligen Einsätzen zum Beispiel von zivildienstleistenden auf. Private Haushalte für Senioren sind für viele unerschwinglich, die entsprechenden Dienstleistungsunternehmen berechnen für eine Stunde umgerechnet rund 25 DM.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

## Polens Staatshaushalt im ersten Halbjahr mit Überschuß

Polens Staatshaushalt hat das 1. Halbjahr 1990 mit einem Überschuß von sieben Billionen Zloty abgeschlossen. Der Ministerrat wertete diese Tatsache auf seiner Sitzung zu Wochenbeginn als Erfolg der seit Jahresbeginn betriebenen Wirtschaftsreform. Es sei gelungen, Außenstände von 1989 zu schließen. Allerdings flossen die Einkünfte dem Staat nicht wie geplant zu. Mindereinnahmen habe es vor-

allem wegen der praktizierten Politik des knappen Geldes bei der Umsatzsteuer gegeben. Weniger als vorgesehen seien die Lohnsteuern geflossen. Dagegen stellte der Ministerrat eine Zunahme der Gewinnabgaben bei Unternehmen fest. Höhere Einnahmen flossen dem Staat auch vom Zoll und den Banken zu.

Bis Jahresende werde sich der Budgetüberschuß nach Auffassung von Vizefinanzminister Woj-

ciech Miasig allerdings deutlich verringern, da zahlreiche Ausgaben ins 2. Halbjahr verschoben wurden. Auch der Preisanstieg werde sich auf die Staatsausgaben auswirken.

In den beiden ersten Monaten dieses Jahres war es der polnischen Regierung durch ein radikales Stabilisierungsprogramm gelungen, die Inflation zügig zu drosseln, fast alle Defizite zu

Freundschaft



Unversiegbarer Born der Volkskunst

Ein Fest der Freundschaft

Wie im Nu ist das Jahr verflossen, seitdem das erste Fest der deutschen Volkskunst im Ischim-Neuland veranstaltet worden ist.

und Berufe, die für die deutsche Volkskunst begeistert sind. Auf dem Spielplan des Ensembles stehen viele alte und moderne deutsche Lieder, Melodien und Tänze.

Romanowka, macht erst ihre ersten Schritte. Sie hat aber trotzdem den Zuschauern sehr gefallen.

Auf dieses Fest, das bei den Einwohnern des Gebiets im vorigen Jahr einen großen Erfolg gehabt hatte, bereitete man sich lange und gründlich vor.

Trotz meines Alters denke ich nicht daran, dem Ensemble zu entsagen, in dem ich Mandoline spiele, erzählt Heinrich Seifert.

Die Gäste des Festivals hatten auch die Möglichkeit, verschiedene Speisen der deutschen, der russischen und der kasachischen Küche zu kosten.

Nikolai Kusnezow, der Direktor des Sowchos „40 Jahre Kasachstan“, dessen Zentralsiedlung das Dorf Romanowka ist, begrüßte die Gäste.

Alexander Herdt, Leiter der Traktorenbrigade im Sowchos „Uroschalny“, steht der Instrumentalgruppe des Ensembles vor.

Magshan Baldeldinow lebt im Dorf Aganias, einer Abteilung des Sowchos „40 Jahre Kasachstans“.

tschenko. „Es hat mir hier sehr gut gefallen. Bisher habe ich nicht gedacht, daß die Deutschen ein so lustiges und gastfreundliches Volk sind.“

Dem Volkskunstfest in Romanowka wohnte eine Gruppe von Filmschaffenden aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Georgien bei.

Bis in die Nacht hinein klangen an diesem Tag Lieder und Musik. Die Leute tanzten, scherzten, führten vertraute Gespräche.

Leonid BILL, Korrespondent der „Freundschaft“ Gebiet Zelnograd



Praktische Ratschläge

Für Heimwerker Förderband

Dieser Bandförderer arbeitet auf dieselbe Weise wie das große Vorbild: Ähnlich wie ein Treibriemen läuft das endlose Band und zwei Trommeln.

Mit dem Förderband lassen sich Autos, Waggonen und Schiffe beladen oder die Frachten von einer Stelle zur anderen schaffen.

Die Maße sind so gehalten, daß der Motor nicht überbeansprucht wird; geringfügige Abweichungen spielen keine Rolle.

Fördergestell: Zwei gleich große Teile aus 2 mm dickem Stahlblech (Speichen) biegen und löten.



Die untere Walze — am Motor — heißt Antriebsrolle, die obere Umlenk- oder Spannrolle.

Die Welle für die Antriebsrolle ist 10 mm länger vertigen; sie nimmt später das Transmissionsrad auf.

Русско-казахско-немецкий разговорник

Table with 3 columns: Russian, Kazakh, German. Topics include car repair, driving, and general conversation.

Was sollen wir auf unseren Kopf setzen?

Welche Kopfbedeckungen hat man sich nicht alles in den letzten Jahrhunderten ausgedacht! Orientalische Turbane, Hüte mit Krempen, Hüben mit Spitzen, und bis zu 70 cm lange Krappen.

Neues aus Wissenschaft und Technik

Chemische Technologien vervollkommen. Eine Gruppe von Wissenschaftlern aus dem Institut für allgemeine und anorganische Chemie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ist es gelungen, den Rektifikationsprozeß — Separierung komplizierter Gemische verschiedener chemischer Verbindungen — zu vervollkommen.